

BEIGEWUM

BEIRAT FÜR GESELLSCHAFTS-, WIRTSCHAFTS- UND UMWELTPOLITISCHE ALTERNATIVEN

Postfach 162, 1015 Wien
Homepage: <http://www.beigewum.at>
Email: beigewum@iname.com

Wien, im Mai 2002

Überlegungen zur Senkung der Abgabenquote auf 40%

Die bisher erstaunlich wenig diskutierte Forderung einer Senkung der Abgabenquote hätte doch weitreichende Konsequenzen. In der Diskussion gab es bisher 2 ernstzunehmende Argumente für die Absenkung:

I. Die Senkung entlastet insbesondere ArbeitnehmerInnen, weil sie jetzt die Hauptlast des Steuersystems tragen... (Lohnsteuer: 30% des Steueraufkommens); dazu kommen die SV-Beiträge und Verbrauchsteuern (vor allem Umsatzsteuer)

Dazu ist zu sagen:

1. Es liegen noch keine konkreten Vorschläge vor, die diese Hoffnung nähren würden.
2. Es stimmt, dass das Steuersystem jetzt insbesondere den Faktor Arbeit belastet, dies aber deshalb weil Kapital und Vermögen insbesondere in Österreich niedrig besteuert werden (Privatstiftungen, Abschaffung der Vermögensbesteuerung etc.). Das führte dazu, dass den ArbeitnehmerInnen ungerechtfertigter Weise eine ungleich höhere Steuerlast aufgebürdet wird. Vorrangig notwendig ist daher eine umfassende **Änderung der Steuerstruktur** und nicht eine Senkung, bei der die Struktur beibehalten würde.
3. Das österreichische Abgabensystem wirkt proportional, d.h. es hat keine umverteilende Wirkung. Umverteilung findet in erster Linie über die Ausgabenseite statt. Kürzung der Ausgaben heißt Kürzung der Umverteilung!

II. Mit einer Abgabenquote von 40% ist der Wohlfahrtsstaat nicht zerstört, da 40% im internationalen Vergleich der OECD Staaten noch relativ hoch ist...

1. Die entscheidende Frage ist, wie viel und wo die geringeren Einnahmen auf der Ausgabenseite schlagend werden. Das Sparvolumen, das das Finanzministerium angibt beträgt 16,6 bis 19,8 Mrd. € (228-272 Mrd. S). Aufgrund der Dynamik der Budgetausgaben müssten damit 30% der Ausgaben insgesamt eingespart werden, damit handelt es sich um eine Umverteilung im großen Stil. Die Budgetausgaben des Bundes müssten jährlich um 2,3 Mrd. Euro (rund 30 Mrd. ATS) gesenkt werden. Dieses Volumen entspricht ziemlich genau den Ausgabenkürzungen im Ausmaß des **Sparpaketes 2000/01** (Personalabbau und Verwaltungsreform, Pensionsreform, Maßnahmen zur Erhöhung der sozialen Treffsicherheit, Zinsentlastungen, Strukturreformen Finanzausgleich). Ein Sparpaket dieses Ausmaßes müsste also **jährlich** bis 2010 durchgeführt werden!
2. Entscheidend ist folglich die Frage, welche **Dynamik** damit in Gang gesetzt werden soll und welche **Ziele die Politik damit** verfolgt.

Welche Ausgaben dann tatsächlich eingespart werden, ist eine politische Entscheidung. Ebenso die Entscheidung darüber, welche Steuern und Beiträge in welchem Ausmaß gesenkt werden. Die Zusammensetzung der Ausgabeneinsparungen und Einnahmensenkungen ist entscheidend für die verteilungspolitischen Konsequenzen. Aus der Verteilungsstudie über den öffentlichen Sektor ist bekannt, dass in Österreich über die **Ausgabenseite stark** umverteilt wird. Es ist daher davon auszugehen, dass Ausgabeneinsparungen in diesem Ausmaß verteilungspolitisch verheerende Konsequenzen haben werden.

Welche Politik wird damit verfolgt:

Im Zusammenhang mit der Jugend des Finanzministers wurden seine ersten Budgets als „Gesellenstücke“ bezeichnet. Soll jetzt die 40%ige Abgabenquote sein „Meisterstück“ werden? Folgt dem Mythos Nulldefizit der **neuer Fetisch 40%ige Abgabenquote?** (Wird der BEIGEWUM ein Fortsetzungsbuch schreiben müssen?)

Wie wurde beim Nulldefizit vorgegangen:

Zuerst wurde ein nationaler (Überschuldungs-)Notstand ausgerufen, um anschließend unter dem Deckmäntelchen des Spargedankens Umverteilung, d.h. Klientelpolitik und konservative Gesellschaftspolitik gesellschaftsfähig gemacht und umgesetzt.

Wie zeigt sich das:

Das Defizit hat sich nach Statistik Austria von -1,46% im Jahr 2000 auf +0,06% im Jahr 2001 – also um **1,6%** (Punkte des BIP) - verändert. Die Abgabenquote ist in der selben Zeit von 44,0% auf 45,9% des BIP gestiegen. Der Anstieg war also **1,9 %**.

Der Unterschied von 0,3% (das sind rund 9 Mrd. ATS) wurde nicht eingespart, obwohl hier Mehreinnahmen bestanden. Gleichzeitig hat es ein Sparpaket (Maßnahmen siehe oben) gegeben. D.h. es wurden die 9 Mrd. ATS plus die Sparpaket-Gelder zu anderen Gruppen umverteilt. Nachdem der Bundesrechnungsabschluss 2001 noch fertig ist, wissen wir noch nicht, welche Gruppen von diesem Programm profitieren konnten. Die Regierung ist diesbezüglich auch nicht sehr auskunftsfreudig, was uns nicht wirklich überrascht.

Budgetpolitik ist Gesellschaftspolitik und mit Geld wird auch Staat gemacht!

Die 40% Abgabenquote ist genauso ein Vehikel für politische Strategien und Zahlenfetischismus wie das Nulldefizit. Tatsache ist, dass 30% der Ausgaben eingespart werden sollen. Dabei geht es nicht um ein Gesellenstück, sondern eher um einen Masterplan. Mit dem Ziel der Abgabenquotensenkung besteht erstmals die Möglichkeit,

wesentliche Teile der Ausgaben in Frage zu stellen und wesentliche Ausgabenveränderungen durchzuführen. Durch die Größe des Sparprogramms werden die Themen Pensionen, Gesundheitssystem, Soziale Sicherung etc. ganz sicher auf die Sparagenda der Bundesregierung kommen.

Warum ist das ein Problem?

Damit schließt sich der Kreis zum Reichtumsbuch:

Die bisher vorhandenen Reichtumsstudien (D, UK, F, USA) – für Österreich gibt es keine Reichtumsberichterstattung - kommen erstaunlicherweise zu recht ähnlichen Ergebnissen: 40% der Haushalte können im relevanten Ausmaß Ersparnisse bilden, d.h. durch Wertpapieren, Immobilien etc. ausreichend Vorsorge betreiben (obwohl dies eine riskante Variante der Vorsorge sein kann).

60% der Haushalte können hingegen keine oder nur sehr geringe Ersparnisse bilden. Die untersten Einkommen sind darüber hinaus überschuldet. Die Mehrheit der Haushalte ist in den genannten Reichtumsberichten also nicht in der Lage Eigenvorsorge zu treffen.

Natürlich bevorzugen Einzelne weniger Steuern zu zahlen, insbesondere dann, wenn sie sich in einer Einkommens/Vermögensklasse befinden, die eine Eigenvorsorge ermöglicht. Eine Politik für die gutsituierte Minderheit auf Kosten der ökonomisch weniger gut gestellten Mehrheit ist eine verteilungspolitisch höchst fragwürdige Politik.

Wir wissen nicht, wie die Vermögen in Österreich verteilt sind. Dieses Nicht-Wissen ist lt. unserer Einschätzung kein Versehen, sondern vielmehr Ausdruck dafür, dass Analysen des Reichtums – weder von den „Betroffenen“ noch von der Regierung – nicht gewünscht sind. Angesichts der fehlenden Daten und auch angesichts jüngsten (Spar-)Politik, ist der österreichische Reichtumsbericht überfällig!

Ein System das vielen - wenn auch derzeit nicht allen - Menschen Sicherheit gibt und Lebenschancen eröffnet kann aus gesellschafts- und demokratiepolitischer Sicht des BEIGEWUM nicht für ein System aufgegeben werden, dass nur einem Drittel der Bevölkerung zum Vorteil gereicht.

Und deswegen wird der BEIGEWUM nicht aufhören, einen Reichtumsbericht zu fordern!